

22. Mai. 2017

Fraktionen von SPD und CDU zur Gesamtschule Süd: Alle Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs prüfen

Die Fraktionen von SPD und CDU im Rat der Stadt Essen sprechen sich dafür aus, dass die beteiligten Akteure alle Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes an der Gesamtschule Nord ausschöpfen.

Hierzu erklärt **Dr. Andreas Kalipke**, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Die Gesamtschule Süd soll nach den Willen der Bezirksregierung in Düsseldorf bereits zum 31. Juli dieses Jahres ihren Schulbetrieb einstellen. Dies bringt die betroffenen Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern in eine äußerst missliche Lage. Erst Ende vergangenen Jahres haben wir im Rat die notwendigen Beschlüsse gefasst, um den Schulstandort als Dependance der Frida-Levy-Gesamtschule bis zum Schuljahr 2019/2020 weiterzuführen, damit alle Betroffenen die nötige Planungssicherheit haben. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass alle relevanten Akteure nach Lösungen suchen, damit der Schulbetrieb wie vorgesehen fortgeführt werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Schülerinnen und Schüler in ihren gewählten Schulfächer an einer anderen Gesamtschule ebenso unterrichtet werden und dass der Weg zur Schule möglichst kurz ist.“



Dr. Andreas Kalipke

Auch aus Sicht der SPD-Fraktion ist der jetzt von der Bezirksregierung vorgesehene Weg sehr weit entfernt von dem, was der Rat der Stadt Essen für die Jugendlichen habe erreichen wollen. Manfred Reimer, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Wir müssen gut darauf achten, ob wirklich für jeden einzelnen Schüler eine gute Lösung gefunden wird; falls aber die Schülerinnen und Schüler mit den ihnen angebotenen Plätzen nicht einverstanden

sind, dann muss intensiv nach geprüft werden, ob es nicht doch möglich ist, neben dem Jahrgangstufe Q2 z.B. auch die Q1 am Standort zu belassen.“